

An das
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
schultraegerangelegenheiten@mbjs.brandenburg.de
Referat 13
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Ausstattung von Schulträgern mit schulgebundenen digitalen mobilen Endgeräten (Richtlinie Ausstattungsprogramm für schulgebundene mobile Endgeräte II – RL AusProEnd II)

1. Antragsteller

Schulträger:
Anschrift (Straße/ Hausnr./ PLZ/ Ort):
Ansprechpartner/in (Name/ Telefon/ E-Mailadresse):
Bankverbindung (IBAN):

2. Beantragte Zuwendung

Sie können maximal die Zuwendung beantragen, die sich aus der Anlage 1 zur Förderrichtlinie (Punkt 5.4 AusProEnd II) ergibt. Es ist ein Eigenanteil von mindestens 10 Prozent zu erbringen.

Es wird die Gewährung einer Zuwendung i. H. v. _____ EUR zur - anteiligen - Finanzierung von förderfähigen Maßnahmen gemäß Punkt 2.1 AusProEnd II beantragt.

3. Erklärungen

Es wird bestätigt, dass mindestens ein zehn prozentiger Eigenanteil erbracht wird.

- Es wird bestätigt, dass mit der Maßnahme nicht vor der Antragstellung begonnen wurde. Eine Maßnahme beginnt mit dem Abschluss eines der Umsetzung dienenden rechtsverbindlichen Leistungs- und Lieferungsvertrages mit Ausnahme von Planungsleistungen. Mit Antragstellung gilt der vorzeitige Maßnahmebeginn gemäß Nummer 1.3.1 der VVG/VV zu § 44 LHO für Maßnahmen, die die oben genannten Kriterien erfüllen, als genehmigt.
- Es wird bestätigt, dass die aus Mitteln dieser Richtlinie finanzierten schulgebundenen Endgeräte den Schülerinnen und Schülern, die in ihrer häuslichen Situation nicht auf bestehende technische Geräte zurückgreifen können und insoweit der Unterstützung bedürfen, im Wege der Ausleihe zur Verfügung gestellt werden.
- Der Antragsteller erklärt zudem, dass
- die in diesem Antrag gemachten Angaben vollständig und richtig sind,
 - er im Rahmen dieser Maßnahme zum Vorsteuerabzug (nicht) berechtigt ist und dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt hat (Preise ohne Umsatzsteuer);
 - dass die beantragten Mittel im Falle der Bewilligung wirtschaftlich und sparsam für die Projektfinanzierung verwendet werden;
 - die geplanten Maßnahmen nicht bereits aus anderen Mitteln gefördert werden;
 - ihm die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie seine Pflicht, dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt sind.
- Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:
- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
 - Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
 - Angaben zum Zeitpunkt des Maßnahmebeginns, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
 - Die Maßnahmebeschreibung (insbesondere Gesamtziel der Maßnahme, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
 - Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Förderantrag beizufügenden Unterlagen sind
 - Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
 - Tatsachen, die der Bewilligungsbehörde nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
 - Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers

4. Ergebnis der Antragsprüfung durch das MBS

Nach Prüfung des Antrags werden dem Antragsteller Mittel i. H. v. _____ EUR zugewiesen.

Ort, Datum

Dienststelle, Unterschrift